

7. Tiefenlager für radioaktive Abfälle: Unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Unterstützung der Bevölkerung

Dringliches Postulat Wilma Willi (Grüne, Stadel), Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 27. Juni 2022

KR-Nr. 210/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über die Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Wird überhaupt ein Ablehnungsantrag gestellt? Wie ich sehe, will Christian Lucek einen Ablehnungsantrag stellen, ist das so?

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ja, wir haben ein Problem damit, und zwar geht es hier auch um die zeitliche Situation. Wie Ihnen allen bekannt ist, wird der Entscheid zur Standortevaluation in den nächsten Tagen, Mitte September, verkündet werden. Und auch Jura Ost ist ein Gebiet ausserhalb des Kantons Zürich, das immer noch im Rennen ist. Also wir führen hier eigentlich eine Diskussion zur Unzeit, es ist ein Schattenboxen. Der weitere Prozess nach der Standortfestlegung mit dem Rahmenbewilligungsgesuch wird noch viele Jahre gehen, inklusive Volksabstimmung, und es besteht daher kein Grund zur Eile. Wir erwarten eine fundierte, transparente und nachvollziehbare Offenlegung der Untersuchungsergebnisse durch den Bund mit NAGRA (*Nationale Gesellschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle*) und ENSI (*Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat*). Liegen diese vor, muss dann beurteilt werden, inwieweit es tatsächlich weitere Expertisen braucht.

Wir möchten aber richtig verstanden werden: Wir unterstützen es und haben das auch immer wieder gefordert, dass der Kanton die dannzumal bekannten Standortgemeinden, seien sie denn im Kanton Zürich, unterstützt und zur Wahrung ihrer Interessen einen geeigneten Fachbeistand stellt. Doch der Aufbau, wie es jetzt hier gefordert wird, der Aufbau einer kantonalen Expertengruppe, benötigt sehr spezifische Fachleute, welche, wenn überhaupt vorhanden, bereits längst in die Untersuchung der NAGRA involviert sind. Dem Beizug von ausländischen Experten, namentlich aus dem nördlichen Nachbarland, wie es den Postulanten vorschwebt, stehen wir äusserst kritisch gegenüber. Das Tiefenlager unterliegt dem Sachplan des Bundes, die kantonalen Zuständigkeiten liegen bei der Baudirektion. Es obliegt Ihrem Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), inwieweit er eine eigene Expertenkommission einsetzen will. Wir lehnen daher das Postulat ab.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Nichts ist so sicher wie, dass nichts sicher ist. Und darum stehe ich heute hier. Unverständlich ist es eigentlich, wieso wir überhaupt darüber debattieren sollen. Zuerst werde ich beschreiben, wieso wir das Postulat eingereicht haben, und dann werde ich auch noch zur Dringlichkeit reden.

Nun ja, in zwei Wochen hören wir, wo das Tiefenlager liegen wird. Die offizielle Bezeichnung der Ankündigung heisst «Auswahl der Standorte für die Vorbereitung der Rahmenbewilligungsverfahren, ASR». Nun, die Chancen unseres Kantons sind intakt, dass das Tiefenlager bei uns liegen wird. Ich werde auch später noch sagen, warum ich so sicher bin. Wir reden vom grössten Bauwerk dieses Jahrhunderts, welches realisiert werden muss. Oder haben wir schon etwas für 14'000 bis 1 Million Jahre gebaut? Und dann muss es uns noch gegen Strahlen beschützen. So nebenbei, der Rheinfluss entstand vor 15'000 Jahren – von wegen Umbrüchen und Sicherheit.

Das Postulat wurde von uns eingereicht, weil wir uns hier immer einig waren, dass wir die Verantwortung tragen, dass wir solidarisch sind und gemeinsam die Verantwortung übernehmen möchten und werden, wir alle. Es ist sehr wichtig, dass wir hier vom Kanton begleitet werden. Wir haben bis jetzt verschiedene Expertisen gehabt und diese haben sehr viel gebracht. Ich erkläre etwas dazu: Die Arbeitsgruppe Sicherheit der Kantone sowie die kantonale Expertengruppe Sicherheit, KES, diese beiden Gruppen haben mit viel Fachwissen und Umsicht die Prozesse begleitet und sich sehr, sehr kompetent für die Anliegen unseres Kantons und auch für die Einwohnerinnen und Einwohner der Regionen eingesetzt. Ich nenne ein Beispiel: Wer sich die Mühe gemacht und den Regierungsratsbeschluss RRB 307/2021 gelesen hat, wird überzeugt sein, wie wichtig die Rolle des Kantons wirklich ist. Die Rolle ist von höchster Relevanz. Mit dem Beschluss hat der Regierungsrat unseres Kantons vor gut einem Jahr fundierte Fakten geliefert, wichtige Forderungen gestellt und Klärung verlangt. Ja, der Regierungsrat hat diese Prozessbegleitung bis jetzt hervorragend geleistet und hat zum Beispiel auch Folgendes verlangt: dass überhaupt fundiert geprüft werden muss, was mit unseren Grundwasser-Arealen los ist. Wir haben in der Nähe der Rheinau und auch mit dem Weiacherhard strategische Grundwasserareale des Kantons. Und da hat der Kanton ganz klar gesagt, dass zum Beispiel keine Verpackungsanlagen oberhalb dieser Areale gebaut werden dürfen. Da fühlt man sich natürlich schon sicherer. Und natürlich hat sich der Regierungsrat auch ganz fest mit dem Umgang mit den Fruchtfolgeflächen, mit ökologischer Vernetzung und so weiter auseinandergesetzt. Das ist natürlich wichtig, denn beide Standorte des Kantons Zürich liegen im Landwirtschaftsgebiet, liegen also in der Landschaft, nicht irgendwie in der Stadt. Und dann kann ich zum Beispiel auch sagen: Bei Nördlich Lägern hat der Regierungsrat verlangt, dass die Infrastrukturanlagen, falls sie dort sind, untertags, also unterirdisch sein solle. Die NAGRA hat dann behauptet, es wäre überhaupt nicht nötig wegen Felsschlag und weiss nicht was. Der Kanton hat dies mit einem eigenen Gutachten widerlegt. Das heisst, der Kanton hat wieder gezeigt: Mit wissenschaftlicher Abklärung kann man Klarheit schaffen und sich für die Bevölkerung einsetzen.

Wenn der Entscheid in zwei Wochen bekannt gemacht wird, geht die Arbeit richtig los. Der Brocken wird uns auf die Füsse fallen. Wir werden uns die Augen reiben und dann werden wir anfangen zu ahnen, was auf uns zukommt. Nun ja, die NAGRA hat die wissenschaftliche Forschung bis jetzt, würde ich sagen, sehr gut gemacht, mit guten Wissenschaftlern und sogar Wissenschaftlerinnen, aber

die NAGRA ist Partei. Und dann kommt dazu, dass viele Fragen absichtlich offengelassen wurden. So hat das ENSI geschrieben, dass erst mit den Umweltverträglichkeitsprüfungen überhaupt geschaut wird, wie die Tiefengrundwasserströme beeinflusst werden. Ich mache darauf aufmerksam, im Zürcher Unterland haben wir zum Beispiel die Mineralquelle Eglisau, sie besteht aus Tiefengrundwasser. Oder die Thermalquellen von Baden und Zurzach, die kommen direkt aus dem tiefen Untergrund, und das wird erst später geklärt. Und es ist so, während der Bearbeitung dieser Rahmenbewilligungsgesuche wird der Kanton sehr viel zu tun haben. Und wichtig auch: Der Kanton wird als Anlaufstelle für die Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen, denn die Betroffenen müssen ja mit irgendjemandem reden können. Und dann kommt die Frage nach den Abgeltungen. Der Bundesrat hat dies bewusst bis jetzt nicht geregelt. Das heisst: Was machen wir, wenn statt mit dem offenen Geldsäcklein mit den Anwälten angetanzt wird? Also ich meine, wir reden darum von ganzen Regionen. Dann sind weitere Angelegenheiten noch offen: Es bestehen bislang keine Abbruchkriterien für den Fall, dass Mängel oder Erkenntnisse zeigen, dass das Tiefenlager oder dieser Standort nicht gebaut werden soll. Es besteht kein Konzept für die Rückholbarkeit. Über die Gefährlichkeit der radioaktiven Niedrigstrahlen wird momentan gestritten, und zwar wissenschaftlich. Es wird mittlerweile angenommen, dass sie gefährlicher sind, als bis jetzt geglaubt. Die mutierten Schmetterlinge rund um Fukushima, wo übrigens die Grenzwerte nicht überschritten werden, geben zu denken.

Und jetzt komme ich noch zur Dringlichkeit: Ja, dass der Standortvorschlag in zwei Wochen vorliegt, zeigt uns, wie zeitnah wir heute darüber reden. Mit zwei von drei möglichen Standorten im Kanton Zürich sind unsere Chancen intakt und auch aufgrund der Beschaffenheit und Mächtigkeit des Opalinuston können wir heute davon ausgehen, dass das Tiefenlager im Kanton Zürich zu liegen kommt. Dringlich ist es auch, dass unser Kanton befähigt wird oder dass unser Kanton bereit ist, sofort loszulegen. Wir zeigen mit der Dringlichkeit den Menschen unseres Kantons, den Gemeinden und auch schweizweit, dass wir im Kanton Zürich bereit sind. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bereit, die Prozesse kritisch zu begleiten und zu überprüfen. Wir sind bereit, das Bestmögliche zu tun, damit diese schwierigste Aufgabe aller Zeiten so sicher wie möglich ausgeführt werden kann. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wir alle müssen als Vertreterinnen und Vertreter der Einwohner und Einwohnerinnen dieses Kantons zeigen, dass wir bereit sind, dem Rechnung zu tragen. Ein wenig Sicherheit in diesen unsicheren Zeiten ist einfach notwendig. Nun, falls Sie nicht in der Nähe dieser Gebiete Nördlich Lägern oder Zürich Nordost wohnen ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich): So viel vorab: Wir Grünliberalen unterstützen die Überweisung des dringlichen Postulates, da die Kommunikation des Standortes für ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle durch die NAGRA in den nächsten Wochen erfolgen wird. Die Kantone halten die meisten bis sämtliche Anteile an den grossen Schweizer Energieversorgungsunternehmen, denen die Schweizer Kernkraftwerke gehören. Nach der Kommunikation des möglichen Standortes

wird ein langer Prozess anstehen, der bis nach Bundesbern führen wird. Über den Standortentscheid für das Tiefenlager wird schlussendlich die ganze Schweiz abstimmen – die ganze Schweiz über die betroffenen Gemeinden, in denen das Generationenprojekt ausgeführt werden soll. Dabei ist die Unabhängigkeit zwischen den Abfallverursachern, der Wissenschaft und dem Gesetzgeber kritisch zu hinterfragen, nicht die wissenschaftliche Arbeit der NAGRA an sich. Es stellt sich generell die Frage: Ist es überhaupt richtig, dem Verursacher auch gleich die Endlagersuche zu überlassen? Und wer vertritt die lokale Bevölkerung und die Anliegen des Kantons Zürich?

Ab der Inbetriebnahme des Lagers sollen nach rund 60 Jahren die Beobachtungen abgeschlossen werden mit der Beurteilung, ob das Projekt auch funktioniert und «verhebt» – wortwörtlich. Denn nach dem Verschluss des Lagers ist das Los der kommenden 30'000 Generationen, die hoffentlich nie von einem AKW, von Atomwaffen und Atommüll gehört haben und womöglich auch nicht wissen werden, was sich da unter der Erde befindet. Für uns heisst es dann vorerst «aus den Augen, aus dem Sinn», aber nur solange die Nutzung des tiefen Grundwassers und des Untergrundes kein aktuelles Thema sind. Der Mensch kann vielleicht zwei bis drei Generationen in die Zukunft vorausdenken. Die Geschichte zeigt uns eindrücklich immer wieder auf, dass sich Wissen und Gesellschaft stets weiterentwickeln und überholen. Heute haben wir noch keine Ahnung, wie sich die menschliche Gesellschaft, ihre Handlungsweisen und ihre technologischen Fähigkeiten verhalten und weiterentwickeln werden. Wie lässt sich also die Sicherheit einer Deponie garantieren, deren Müll erst nach hunderttausenden Jahren für uns Menschen harmlos sein wird? Die angestrebten Lösungen müssen also möglichst unabhängig von Menschen funktionieren können. Das zeigt sich nur schon an der Tatsache, dass wir etwas Radioaktives in den Boden einführen und mit Bauweisen und Materialien zu schützen versuchen, die eine viel kürzere Lebenszeit haben als der Müll selber. Die ältesten noch bestehenden Bauwerke des Menschen sind ein paar tausend Jahre alt. Der Inhalt überdauert die Bauweise also bei weitem. Was das genau bedeutet, weiss heute niemand. Wieso ich das hier erwähne, hängt stark damit zusammen, dass der Entscheid über das Generationenprojekt an sich zahlreiche vielschichtige Fragestellungen und auch gesellschaftliche Konsequenzen mit sich bringt. Im Fall der Standortwahl im Kanton Zürich ist es deshalb für die Bevölkerung wichtig, dass die interne kantonale Fachstelle möglichst rasch gutes, verlässliches und anerkanntes Fachwissen akquiriert, um die Diskussion auf Basis unabhängiger Informationen führen zu können und die Anliegen der Bevölkerung und der Gemeinden zu vertreten und sie tatkräftig zu unterstützen.

Nur schon das Bauvorhaben an sich wird grosse Emissionen für die lokale Bevölkerung und die Umwelt nach sich ziehen. Deshalb ist es richtig und wichtig darzulegen, wie die wissenschaftliche Begleitung des Sachplans geologische Tiefenlager gestärkt werden kann. Es handelt sich beim Tiefenendlager nicht um ein reguläres Tiefbauprojekt. Wie bereits erwähnt, betrifft es nicht nur uns, sondern zahlreiche weitere Generationen und potenziell auch unser Tiefengrundwasser und unsere Umwelt.

Wir Grünliberalen stehen konsequent für faktenbasierte und unabhängige Diskussionen ein und unterstützen deshalb das vorliegende dringliche Postulat. Besten Dank.

Alex Gantner (FDP, Maur): Ich spreche hier für meine kurzfristig abwesende Kollegin Barbara Franzen, die ja in diesem Thema auch zu Hause ist in ihren vielfältigen politischen Engagements. Diesen September erwarten wir mit viel Spannung die Ankündigung der NAGRA, für welchen der drei noch möglichen Standorte für ein geologisches Tiefenlager sie beabsichtigt, beim Bundesrat ein Rahmenbewilligungsgesuch einzureichen. Wenn wir «viele» sagen, dann meinen wir natürlich vor allem die Menschen in den Standortregionen Jura Ost, Nördlich Lägern oder Zürich Nordost. Selbstverständlich bewegt das Thema und selbstverständlich sind wir gespannt auf die Ankündigung. Aber die Ankündigung darf auch als regulärer Teil, als weiterer Schritt eines seit Jahren laufenden Prozesses, des Sachplanverfahrens geologisches Tiefenlager gelesen werden.

Diesen Prozess, der wegen der beiden im Verfahren befindlichen Zürcher Standorte natürlich besonderes Interesse weckt, begleitet die FDP seit Beginn sachlich kritisch. Aus unserer Sicht ist es jetzt sicher nicht die Zeit zu spekulieren, ob es denn ein Zürcher Standort werden wird oder nicht, auch wenn die Postulantinnen und Postulanten der Grünen und SP dies offenbar tun. Sehr wahrscheinlich falle der Entscheid auf einen Zürcher Standort, schreiben sie. Auf diesen Sandhaufen der Spekulationen zu bauen und im Voraus einen weiteren Bericht – auf Halde quasi – zu verlangen, scheint uns nicht zielführend. Das entspricht eben genau nicht, wie im Postulat gefordert, der zusätzlichen Wissenschaftlichkeit, sondern ist wegen des spekulativen Charakters eigentlich eine politische Forderung und sie wird zur Unzeit lanciert. Die FDP rät hingegen zu Ruhe. Es ist klar, dass im Moment noch allzu vieles, allzu Fundamentales offen ist: Standort, Oberflächenanlage, Brennelement-Verpackungsanlage, das Verkehrskonzept. Wenn tatsächlich ein Zürcher Standort ausgewählt werden würde, dann, so sind wir überzeugt, wird die Zürcher Regierung die anstehenden berechtigten Fragen, die wir alle kennen, sachlich, aber auch mit der gleichen professionellen Hartnäckigkeit und kritischen Wissenschaftlichkeit angehen, wie sie dies schon während des ganzen Prozesses eindrücklich bewiesen hat. Also wir sprechen hier auch ganz eindeutig ein Lob aus auf die Aktivitäten des Regierungsrates und vor allem der Baudirektion. Es wird dann darum gehen, die Infrastrukturlast-Fragen zu klären, Verkehrs-, Transport-Fragen anzugehen, regionale Entwicklungsfragen aufzugleisen. Und es wird darum gehen, die Standortgemeinden und deren Bevölkerung bestmöglich zu unterstützen. Hier sind wir mit den Postulanten und Postulantinnen sicher einig. Und vor allem wird auch der Kanton, die Fachstelle, den Entscheid der NAGRA auf seine wissenschaftliche Ableitbarkeit hin genauestens prüfen. Die Fachleute des Kantons haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie genau dies sehr gut können. Der Kanton Zürich hat seine Anliegen gegenüber allen Stakeholdern, gegenüber der NAGRA und den Bundesbehörden immer sehr deutlich zum Ausdruck gebracht und hat sich so auch in der Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone und in der kantonalen Expertengruppe Sicherheit hervorgetan.

Und was die Nachvollziehbarkeit des Entscheides der NAGRA angeht, ist der Kanton ja nicht allein. Es wird am ENSI sein, die Dokumente und Berichte der NAGRA auf ihre Nachvollziehbarkeit, auf ihre wissenschaftliche Stringenz hin zu prüfen. Zudem wird eine weitere unabhängige Kontrollinstanz die gleiche Aufgabe übernehmen, nämlich die Kommission für nukleare Sicherheit, KNS. Damit ist eigentlich bereits ein weiterer Punkt aus dem Forderungskatalog der Postulanten aufgegleist: Es gibt unabhängige, wissenschaftlich hochdotierte Fachgremien, die den Standortvorschlag überprüfen.

Daher komme ich zum Fazit: Wir werden das dringliche Postulat nicht überweisen wollen. Wir verstehen angesichts der ganzen Einbettung in die Arbeiten des Regierungsrates und der Baudirektion eigentlich auch nicht, weshalb die Baudirektion gewillt ist, das Postulat entgegenzunehmen. Da wird uns vielleicht auch der Herr Baudirektor etwas zu sagen haben. Das Postulat kommt zur Unzeit und daher warten wir gescheiter ab. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Früher war die Zukunft ein Versprechen, heute ist sie eine Bedrohung. Dieses Zitat meines Sitznachbars aus der Mitte (*gemeint ist Farid Zeroual*) trifft wohl auf jene Bevölkerungskreise zu, die dereinst von der Erstellung eines Tiefenlagers betroffen sein werden. Wenn diesem Gefühl der Bedrohung der Stachel genommen werden kann, sind für uns die Grundlagen gegeben, dieses Postulat zu unterstützen. Mit dieser Unterstützung verbindet sich aber auch die Erwartung, dass diese wissenschaftliche Begleitung ihren Fokus auf die Begleitung und sachdienliche Information der Standortgemeinden richtet. Und wir erwarten, dass sie diese Arbeit in Kooperation und nicht gegen die bereits bestehenden Gremien tut, zum Beispiel die Arbeitsgruppe Sicherheit der Kantone oder die kantonale Expertengruppe Sicherheit, die mit hoch dotierten Fachleuten bestückt ist; ebenso, dass eine Kooperation mit der NAGRA und mit der ENSI in konstruktiver Weise vonstattengeht.

Eine sorgfältig geplante Realisation des Tiefenlagers muss das Ziel von uns allen sein, und zwar noch bevor wir uns mit dem Bau von neuen AKW auseinandersetzen. Wilma Willi hat sich vielleicht versprochen, aber sie hat es interessant ausgedrückt. Sie hat gesagt: «Die Chancen sind intakt, dass das Tiefenlager im Kanton Zürich zu liegen kommt.» Die übliche Bedeutung von Chance sehe ich ein wenig anders, aber vielleicht ist es auch richtig, wenn wir alle das als Chance sehen können, dann wird dieser Entscheid breit abgestützt sein und wir können damit ein Problem lösen, das wir seit vielen Jahren schon lösen sollten.

Ich möchte der Baudirektion oder der Regierung beliebt machen, dass sie dieses Postulat zum Anlass nimmt und gleichzeitig überprüft, ob nicht ein Antrag in der Budgetdebatte gescheiter wäre, wenn es dann soweit ist, sodass wir regulär über den Umfang und die Stellen, die dafür nötig sind, diskutieren können. Wir unterstützen aber die Dringlichkeit dieses Postulates.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Zuerst einen herzlichen Dank an Herrn Kollege Lucek, dass er uns heute wieder einmal ermöglicht, über das Tiefenlager zu sprechen, und das zu einem sehr günstigen Zeitpunkt. In Kürze wird

nämlich faktisch der Standortentscheid für ein geologisches Tiefenlager gefällt. Man muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass dieser Standort sehr wahrscheinlich im Kanton Zürich liegt. Der Standortkanton darf sich nicht einfach allein auf die wissenschaftlichen Einschätzungen des Bundes verlassen. Er muss für den ganzen Planungs-, Bau- und Betreibungsprozess eines solchen Lagers als unmittelbar betroffene Region besser aufgestellt werden. Seine wissenschaftlichen Kompetenzen in diesem Bereich müssen gestärkt werden und er muss auch in der Lage sein, die Anliegen und Forderungen der Gemeinden und der Bevölkerung gegenüber dem Bund auf Augenhöhe zu vertreten. Das ist heute noch nicht ganz der Fall. Es ist so, auch die Schweiz hat radioaktiven Abfall produziert und produziert ihn nach wie vor. Beim hochradioaktiven Teil wird dies bis zum Rückbau der letzten Kernkraftwerke der Fall sein.

Wir brauchen dafür eine sichere Lösung. Bei der entsprechenden Diskussion im Weinland ist man allerdings immer von einem Ausstieg aus der Kernenergie ausgegangen und dass ein allfälliges Lager noch in diesem Jahrhundert verschlossen werden kann. Die Region hat das unter diesen Voraussetzungen bisher relativ pragmatisch beurteilt und hätte durchaus ihren Beitrag zur Problemlösung geleistet. Mit der aktuellen Diskussion um den Neubau von Kernkraftwerken muss allerdings auch die Lagerung der Abfälle neu diskutiert werden und es braucht unbedingt einen Stopp des Sachplanverfahrens Tiefenlager, sollte der Ausstieg aus der Kernenergie infrage gestellt werden. Wir Weinländer sind auf jeden Fall nicht bereit, auf ewige Zeiten zum Abfallkübel der Nation zu werden. Saporischschja (von Russland besetztes AKW in der Ukraine) zeigt zudem aktuell, dass solche Anlagen zwar wohl technisch sicher gebaut werden können, im Kriegsfall aber ein unkontrollierbares Risiko darstellen. Auch das wollen wir im Norden des Kantons nicht. Nur schon deshalb ist der Ruf nach neuen Kernkraftwerken dumm, abgesehen davon, dass diese frühestens in 20 Jahren Strom liefern und die Abhängigkeit von russischem Uran zementieren. Die Mitte stimmt dem Postulat zu. Besten Dank.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Ich wohne in Andelfingen und würde somit weniger als fünf Kilometer vom Tiefenlager entfernt wohnen und leben, wenn dieser Standort in zwei Wochen bekanntgegeben wird. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, an wen ich mich in zwei Wochen mit all meinen Fragen, die sich hier auf-tun, wenden könnte. Radioaktiver Abfall hat kein Parteibüchlein, sondern betrifft uns alle gleichermassen, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht. Dass bei uns im Kanton Zürich der Abfall der ganzen Schweiz vergraben wird, ist mehr als wahrscheinlich, und darum ist es an uns, dafür zu sorgen, dass dieser Prozess so kritisch, unabhängig und sorgfältig überwacht und begleitet wird, wie nur irgendwie möglich. Es ist richtig, dass wir in der Schweiz unseren eigenen, in der Schweiz produzierten Abfall selbst entsorgen und nicht mehr exportieren. Wenn das Tiefenlager nach Benken kommt, dann ist das unschön, aber dennoch im Kern richtig. Dann ist es aber auch mehr als richtig, dass für dieses Unternehmen die nötigen Expertinnen und Fachkräfte zur Verfügung stehen. Es braucht Anlaufstellen für die betroffene Bevölkerung, weil ihre Lebensqualität für viele, viele Jahre

lang beeinträchtigt sein wird. Das ist eine riesige Baustelle, die da während Jahren entsteht. Und der Abfall, der dort entsorgt wird, wird vielen Generationen wohl oder übel erhalten bleiben. Es braucht dringend genügend Ressourcen. Es ist darum zwingend nötig, dass die beiden kantonalen Arbeitsgruppen personell aufgestockt und durch unabhängige Aussenperspektiven ergänzt werden.

Ich komme noch einmal auf das Beispiel des Tiefengrundwassers zurück. Der Sachplan des Bundes schreibt klar vor, dass Nutzungskonflikte im Untergrund geklärt werden müssen. Tiefengrundwässer sind die letzten unbelasteten Wasserreserven. Sie liegen unter dem Opalinuston und gehören dem Kanton. Dass diese Tiefenwasserreserven enorm wichtig sind, dürfte nach diesem Sommer unbestritten sein. Wo und wie viel Grundwasser unter den jeweiligen potenziellen Tiefenlagern vorhanden ist, ist bis heute ungeklärt. Nicht nur dann kann der Atom Müll für das Tiefengrundwasser gefährlich sein, sondern es können auch umgekehrt daraus Gefahren für das Tiefenlager entstehen. Diese und noch weitere Wissenslücken müssen geschlossen werden und dafür braucht es die nötigen Fachleute. Es braucht eine unabhängige Zweitmeinung. Warum unabhängig? Sehr geehrte Damen und Herren, wie viele Atomphysikerinnen und -physiker kennen Sie? Und wie viele davon arbeiten nicht für die NAGRA oder sind sonst irgendwie mit der Atomwirtschaft verbunden? Es gibt schlichtweg nicht so viele Fachleute in der Schweiz. Es ist aber wichtig, dass die komplexen und umfangreichen Berichte der NAGRA von weiteren unabhängigen und gegebenenfalls auch internationalen Expertinnen und Experten begutachtet werden können. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Sicherheit der Bevölkerung im Kanton Zürich und darüber hinaus gewährleistet wird. Das geologische Tiefenlager ist ein Grossprojekt mit einer fast unvorstellbaren räumlichen wie zeitlichen Dimension, und wir haben ehrlich gesagt keine wirklichen Erfahrungswerte. Der «Güsel», der da begraben wird, ist zu gefährlich, als dass hier Fehler passieren dürfen. Weil es in unser aller Interesse ist, dass hier rein gar nichts schiefgeht, fällt niemandem ein Stein aus der Krone, für eine breite kritische wissenschaftliche Begleitung einzustehen. Wir alle können nur davon profitieren. Darum bitte ich Sie, nichts unversucht zu lassen und dieses dringliche Postulat zu überweisen. Das dringliche Postulat kommt nicht zu Unzeiten, es kommt rechtzeitig.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die Alternative Liste hat dieses dringliche Postulat nicht mitunterzeichnet, wird aber die Dringlichkeit sehr wohl unterstützen. Ja, warum haben wir es nicht mitunterzeichnet? Vielleicht merken Sie es ein wenig, es liegt hier ein wenig in der Luft, nämlich die Ungewissheit. Man weiss ja, in zwei Wochen, in kurzer Zeit wird der Entscheid daliegen, aber man weiss noch nicht, wo, also man weiss noch nicht richtig, was los ist. Das Postulat ist eigentlich zwei Wochen zu früh. Gleichzeitig will es der Regierungsrat auch entgegennehmen und der Regierungsrat weiss auch durchaus, warum. Denn zum Zeitpunkt, wo das behandelt wird, ist auch der Entscheid klar. Und entweder kann dann der Regierungsrat einfach sagen «ja, okay, gut, es ist ausserhalb des Kantons», doch selbst dann hat es ihn zu interessieren, denn auch der andere Standort ist jetzt nicht

allzu weit von uns entfernt. Und auch vom Inhalt her hat es durchaus seine Berechtigung. Wovon sprechen wir beim Tiefenendlager? Wir haben zuvor den Begriff «Generationenprojekt» gehört. Ich habe zuvor ein bisschen gegoogelt: Gibt es eine Steigerungsform zum Generationenprojekt? Wie kann man das noch bezeichnen? Denn ich meine, ehrlicherweise muss man sagen: Für die Dauer, für die wir hier vorausplanen, für das, was wir hier machen müssen, gibt es nicht mal einen Begriff, darüber muss man sich einfach klar sein. Wir haben hier keine Erfahrungswerte. Genau deswegen ist der Inhalt des Postulats durchaus wichtig, nämlich, dass man die bestmögliche wissenschaftliche Begleitung – zumindest so, wie wir es zurzeit überhaupt machen können – suchen, dass der Kanton auch hier aktiv wird. Und bei dieser wissenschaftlichen Begleitung kann man auch klar sagen, dass sie ein Gegengewicht zur NAGRA bilden soll. Die NAGRA arbeitet soweit auch gut, das kann man festhalten, aber der Kanton braucht hier eine eigene Position. Und wie auch schon richtig angemerkt wurde, ist es schon so, dass die Experten – zumindest die Experten, die wirklich Bescheid wissen – da auch schon eingebunden sind. Das wurde beispielsweise von Herrn Lucek gesagt, der sich wahrscheinlich gar nicht sicher war, ob überhaupt hier Einspruch erheben soll – zumindest hat er eine Zeitlang gebraucht, bis er hier vorne war – und hat dann gleichzeitig seine Kritik zu internationalen Expertenwirkung vorgebracht, dass er demgegenüber kritisch wäre. Aber da muss man einfach klar sagen: Also bei so einem Projekt hier die Landesgrenzen zu berücksichtigen und zu finden «bei diesem grossen Projekt wollen wir nur Schweizer Experten, von jenseits der Grenze wollen wir keine Leute haben», also nein.

Wie auch immer, der Regierungsrat will es entgegennehmen, wir unterstützen ihn dabei. Das Thema ist klar dringlich. Zwei Wochen zu früh, darüber kann man hier hinweg schauen. Wir haben vorher schon ein Musterbeispiel von einer Nichtdringlichkeit dringlich erklärt (*KR-Nr. 240/2022*), also ist dieses Postulat alleweil dringlich. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Um es kurz richtigzustellen: Wir reden hier nicht mehr über die Dringlichkeit, Manuel Sahli, Sie haben die Dringlichkeit bereits mitunterzeichnet, als das Postulat eingereicht worden ist. Heute reden wir über die Annahme im Rat.

Wir müssen Verantwortung übernehmen für Müll, den wir nie wollten, vor allem für Müll, den wir Grüne seit über 30 Jahren nicht wollen. Doch im Kernenergiegesetz von 2003, Artikel 30, heisst es: «Die in der Schweiz anfallenden radioaktiven Abfälle müssen grundsätzlich im Inland entsorgt werden.» Das veranlasst uns, Verantwortung für diesen Müll zu übernehmen und nach einem Standort oder einer Lösung für die Entsorgung im Inland zu suchen. Wir haben aber nicht nur Verantwortung für den Müll, wir haben auch Verantwortung für die Sicherheit. Wir sind nämlich betreffend atomare Tiefenlager auf einer Reise ins Ungewisse, denn es gibt weltweit – und ich betone weltweit – noch kein einziges Tiefenlager für hochradioaktive Abfälle, das in Betrieb ist. Alle reden davon, es gibt in vielen Ländern Projekte, an denen gearbeitet wird, doch noch nie hat sich ein Lager als

sicher genug erwiesen, sodass man es in Betrieb genommen hätte; und dies, obwohl es jetzt seit über 60 Jahren Atomstromerzeugung aus Atomkraft gibt. Also, wir dürfen uns nichts vormachen: Auch wenn die NAGRA nach einer Möglichkeit zur Einlagerung von hochradioaktiven Abfällen forscht, heisst das nicht mit Gewissheit, dass es eine Lösung geben wird. Deshalb müssen wir, unabhängig von der Planung des Tiefenlagers und der Erforschung des Tiefenlagers unsere AKW abstellen und endlich damit aufhören, jedes Jahr 60 Tonnen hochradioaktiven Müll zu produzieren, von dem heute immer noch niemand weiss, wohin er kommen wird. Und sagen Sie mir jetzt nicht, wir bräuchten die AKW zur Überwindung der Strommangellage. Die AKW in Frankreich sind ein wesentlicher Faktor dafür, dass wir in diese Strommangellage kommen. 50 Prozent von ihnen laufen nämlich aus Sicherheitsgründen gerade nicht.

Der Kanton Zürich, als möglicher Standortkanton, muss ein grosses Interesse daran haben, dass wir die wissenschaftlichen Grundlagen, welche die NAGRA und das ENSI zur Verfügung stellen, verstehen, dass wir sie genügend aufarbeiten. Die Baudirektion und der Kanton müssen sich vor die Bevölkerung stellen können gegenüber der NAGRA und dem ENSI und die Bevölkerung vor Fehlplanungen, Fehleinschätzungen und allem anderen, was in einer derart ungewissen Lage möglich ist, schützen können. Deshalb wollen wir genügend Fachwissen in den Reihen des Kantons. Wir wollen genügend Fachwissen beim AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*). Deshalb wollen wir, dass internationale, unabhängige Experten, welche eben nicht im gleichen wissenschaftlichen Trott wie die Leute, die bei der NAGRA und beim ENSI sind, arbeiten. Wir wollen unabhängige Experten, die genau diese schwierigen und unwägbaren Fragen, welche ein Tiefenlager stellt, unabhängig beurteilen können. Und wir wollen genügend Ressourcen beim Kanton, damit wir, als möglicher Standortkanton, sicher sein können, dass wir die sicherste Lösung bekommen, welche unsere Bevölkerung und unsere Umwelt im Kanton Zürich nicht tangiert. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen im Sinne der Sicherheit unserer Bevölkerung.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Zuerst ein Kompliment: Ich kenne niemanden, der in der Lage ist, persönliche Betroffenheit so wundervoll im Bild rüber zu bringen vermag wie die Postulantin. Das ist genial. Aber das Problem ist ein anderes: Was soll das Ganze im jetzigen Zeitpunkt? Ich schliesse mich hier auch dem Votum von Herrn Gantner an. Es hat sich gezeigt in einigen Voten, dass es letztlich gar nicht darum geht, etwas genauer zu prüfen, sondern letztlich ist das Ziel die Verhinderung. Und die Verhinderung, da haben jetzt auch einige Leute im Weinland demonstriert, das ist ihr Recht, das sollen Sie dürfen. Aber mit einer Demonstration und mit einer Ansammlung von noch mehr internationalen Wissenschaftlern zum jetzigen Zeitpunkt ist meines Erachtens überhaupt nichts gewonnen. Man muss erst mal wissen, was für Unterlagen kommen, was vorliegt. Und ob Sie dann die gesamte internationale Atomenergieagentur vom Kanton Zürich aus bezahlen wollen, um auch noch darüber zu gehen, ist eine andere Frage. Natürlich gibt es Fragen: Tiefenlager, wieso gibt es auf der ganzen Welt offenbar keines, das in Betrieb ist? Wo ist das Problem? Wo gehen alle mit ihren Abfällen

denn jetzt hin? Die werden ja kaum aufgeessen. Also irgendwie macht aber eine zusätzliche wissenschaftliche Aufarbeitung im jetzigen Zeitpunkt durch möglichst viele ausländische Wissenschaftler – es darf natürlich kein Schweizer sein – aus meiner Sicht keinen Sinn. Ich bin gegen die Überweisung dieses Postulates.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): «Die Reise zum sichersten Ort der Erde» ist ein Film aus dem Jahre 2013. Regisseur Edgar Hagen dokumentiert das Dilemma der Atommüllendlager-Suche in ihrer ganzen Tragweite. Er besucht alle nennenswerten Atommüllendlager-Projekte und lässt die Experten dazu referieren. Seine Reise führt ihn von den gescheiterten Versuchen in den USA, in Deutschland und anderen Ländern bis in die Wüste Gobi. Seit Jahrzehnten wird in vielen Ländern weltweit danach gesucht, wissenschaftlich geforscht, und immer wieder werden mögliche Standorte verworfen.

Kaum ein Land hat mit der Lagerung begonnen. Die angestrebten Konzepte sind völlig unterschiedlich. Das heisst, es gibt auf dem ganzen Globus noch keine Erfahrung zur Lagerung von nuklearen Abfällen. Seit Beginn der Nutzung der Atomenergie im Jahre 1956 hinterlassen wir mit der Produktion von Strom in AKW den gefährlichsten Abfall überhaupt. 350'000 Tonnen sind es inzwischen weltweit und jährlich kommen 10'000 Tonnen dazu. Der Müll wird rund um die Welt provisorisch gelagert in Kühlbecken, auf Atomkraftwerksgeländen und in Zwischenlagern.

Im September wird uns die NAGRA bekannt geben, welches der sicherste Ort der Schweiz für unseren Atommüll sein soll. Das ENSI wird dies prüfen und den Bundesrat in seiner Entscheidung beraten. In der Schweiz sind unsere Atomspezialisten, eine kleine Gruppe von Experten, alle sehr stark miteinander verflochten und gut bekannt. So kommt es immer wieder vor, dass Mitarbeiter vom ENSI zur NAGRA wechseln und umgekehrt. Zwei von drei potenziellen Standorten liegen im Kanton Zürich. Das heisst, unsere Regierung hat eine sehr grosse Verantwortung zum Schutz unserer Bevölkerung in dieser Frage zu tragen. Wir wollen, dass der Kanton die Ergebnisse der NAGRA mit unabhängigen internationalen Experten prüft, und dazu braucht die Baudirektion rasch Ressourcen.

Wenn im atomaren Tiefenlager etwas schiefeht, dann haben wir, unsere Nach-Nach-Nachfahren ein sehr grosses Problem. Bei der Sondermülldeponie Kölliken, welche übrigens nur sieben Jahre betrieben wurde, kostete die Sanierung die Steuerzahler – und immer wieder die Steuerzahler – knapp 900 Millionen Franken. Ein Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Deutschland schätzt die Kosten der Sanierung des – wohlgemerkt – Testlagers Asse auf 5 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, darin wurden gerademal 200 Tonnen nuklearer Abfall aufgenommen. Die Kosten wurden natürlich auch wieder auf die Steuerzahler abgewälzt. Aus unseren AKW in der Schweiz soll ein Berg von 4600 Tonnen atomarer Abfall entstehen, also mehr als 23-mal mehr. Sie wissen, dass sich die Ausgaben des Bundes pro Jahr auf 88 Milliarden Franken belaufen. Wir können froh sein, wenn ein solches Budget für die Sanierung eines Tiefenlagers dereinst ausreichen wird; dies neben all dem unvor-

stellbaren Leid, welches durch die ausgetretene Strahlung erfolgen sollte, eine riesige Bürde für die nächsten Generationen. Ob der sicherste Ort der Schweiz sicher genug ist, wollen wir genau wissen und bei den neuen Erkenntnissen auch jederzeit einen Stopp einlegen dürfen. Bitte nehmen Sie dieses Postulat an.

Christian Lucek (SVP, Dänikon) spricht zum zweiten Mal: Es nicht geplant, dass ich noch einmal spreche, aber ich stelle einfach fest, dass die Diskussion jetzt wirklich in eine Kernkraft-Bashing-Diskussion umgewandelt wird, und das bedarf einer Replik. Vielleicht noch zum Vorwurf von Manuel Sahli, dass ich nicht mal gewusst hätte, ob ich mich da jetzt melden soll oder nicht: Das ist auf einen Irrtum bei der Meldung (*gemeint ist die Meldung, dass das Wort gewünscht wird*) – nicht von mir – zurückzuführen, vielleicht werde ich da von der Ratspräsidentin noch rehabilitiert.

Zu diesem pauschalen Nuklear-Bashing: Es ist einfach festzustellen, dass jetzt in der aktuellen Lage Ihre grünen Kollegen im restlichen Europa die Nuklearenergie wieder als grüne Energie akzeptieren. Es sind dieselben Regierungsvertreter in unseren Nachbarländern, die Kohlekraftwerke wieder ans Netz stellen. Also wir müssen diese Diskussion öffnen, da bin ich mit Ihnen einig, und die Kernkraft stellt genau eine dieser Energieformen dar, die halt ohne CO₂-Emissionen funktionieren kann. Aber was mich am meisten erschüttert, was ich jetzt von den grünen Vertretern gehört habe, dass sie die Tiefenlager generell infrage stellen. Und da muss ich einfach sagen: Es geht hier wirklich um die Sicherheit, und das ist nicht verhandelbar. Wir haben diese Abfälle. Wir müssen verantwortungsvoll damit umgehen. Aber wenn Sie jetzt ein Schreckgespenst malen, muss ich einfach sagen: Die hochaktiven Abfälle umfassen ein Volumen von circa acht Einfamilienhäusern und es geht nun wirklich darum, sie sicher zu versorgen. Denn von den schwach aktiven Abfällen besteht die Hälfte aus dem Rückbau der Kernkraftwerke, was Sie ja vorantreiben wollen, und die andere Hälfte aus der Medizinaltechnik und aus der Forschung. Es gibt nicht nur die Nuklearenergie, die solche Abfälle generiert. Wenn wir bei der Entsorgung sind: Es gibt auch andere offene Entsorgungsfragen. Niemand hat mir beantworten können, wie man dereinst die Solarpanels fachgerecht entsorgt, wie man die Windräder – da kann ich Ihnen Beispiele zeigen aus den USA, wo hektarenweise Glaskohlenstofffaserblätter von Windrädern einfach verscharrt werden. Wir haben viele offene Entsorgungsfragen. Und wenn wir bei der Nukleartechnologie sind: Wir setzen uns einfach gegen das Technologie-Verbot ein. Denn die allerbeste Lösung gegen Nuklearabfälle ist, dass man sie nicht entstehen lässt. Und zur Forschung: Sie werden mir jetzt alle sagen, Fusionsreaktoren, das sei einfach eine Fantasie. Aber wenn Sie 50 Jahre zurückblenden, wenn Sie auf verschiedene Technologien schauen mit dem Fokus 50 Jahre zurück, dann ist das einfach ein Forschungszweig, der weiter betrieben werden muss. Und wenn es uns gelingt, die Abfälle gar nicht entstehen zu lassen, diese also auch rückholbar sind, wenn wir sie in ein Tiefenlager bringen, um sie dann auch in einem Fusionsreaktor ohne weitere Abfälle verbrennen zu können. Das muss möglich sein, da muss man forschen können. Und deshalb sind wir gegen das Technologie-Verbot. Ich danke Ihnen.

Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim): Es ist Wahlzeit. Dieser Vorstoss ist überholt. Es wurde sehr viel gute Arbeit geleistet in den vergangenen Jahren. In den Regionalkonferenzen, in den Planungsgruppen, in den regionalen Behörden, in den Gemeinderäten wurde Top-Arbeit geleistet. Aus diesem Grund finde ich diesen Vorstoss zurzeit absolut unnötig. Ich denke, wichtig ist es, wenn der Entscheid gefällt ist – und da ist wirklich dann der Regierungsrat gefordert –, die Regionen zu unterstützen, die Gemeinden zu unterstützen, die Behörden zu unterstützen, die Bevölkerung auch dementsprechend abzuholen. Aber was wir heute machen, ist ein Schwarzpeterspiel, das auf die Dauer niemandem etwas hilft. Ich denke, der Dank gehört an dieser Stelle wirklich den Behörden, der Regionalkonferenz und auch der Regierung für die gemachte Arbeit in den letzten Wochen. Sie werden gefordert sein in den nächsten Wochen. Ich will auch kein Tiefenlager bei mir, und was jetzt vorhin diskutiert worden ist. Es gibt gute Beispiele, wie Behörden bei Tiefenlagern zusammenarbeiten; ich denke da an Schweden und Finnland. Und auch in Frankreich durfte ich mich schon mit Behörden austauschen und zusammensetzen, und das wird weiterentwickelt. Wir sprechen nicht mehr von einem Endlager, wir sprechen von einem Tiefenlager. Und persönlich hoffe ich natürlich auch, dass die Technik und auch die Entwicklung in diesem Gebiet in den nächsten Jahren noch viel weitergehen wird. Und ob es am Schluss dann überhaupt ein Tiefenlager braucht, dazu stelle ich auch noch Fragen. Danke.

Wilma Willi (Grüne, Stadel) spricht zum zweiten Mal: Nur noch kurz: Letzte Woche hatten wir die Debatte zu Raumplanung und Deponien und ich habe genau zugehört: Es wurde immer gesagt, es gehe um die Gesamtverantwortung. Wir haben auch vorhin gehört: «Ja, ich wohne nicht dort, wo ein Tiefenlager kommt.» Es gibt aber Leute, die dort wohnen. Ganze Regionen werden betroffen sein. Und darum hat mich jetzt ein Votum auch gefreut, in dem es hiess: Sicherheit ist nicht verhandelbar, es geht hier um nichts mehr oder nichts weniger, wir sind uns einig. Die lange Begleitung möchte ich noch kurz präzisieren: Wir hatten die letzte Abstimmung zum Wellenberg (*geplantes Endlager im Kanton Nidwalden*) im Jahr 2002. Es wurde abgelehnt, dieses Projekt, und nachher hiess es: Ja zum Glück, es war ja gar nicht so sicher. Jetzt haben wir genau 20 Jahre später eine Lösung mit Opalinuston. Ich glaube sehr wohl, dass das eine gute Sache sein könnte. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass in Finnland auf einer Insel ein Tiefenlager entstehen soll oder am Entstehen ist. Die Vorbereitungsarbeiten gehen 50 Jahre zurück und man sagt, dass nicht mal in fünf Jahren die Tiefenlagerung soweit sein wird; von wegen diesen Zeithorizonten.

Ja, die Frage war berechtigt. Es hiess: Wohin in aller Welt gehen die Leute mit diesen Abfällen? Ja, das ist eben genau die gute Frage. Wir haben nicht wirklich befriedigende Lösungen bis jetzt. Wir sind aber bereit, Verantwortung zu übernehmen. Und wir alle sollten uns doch einfach konsequent für einen transparenten, sicheren und nachvollziehbaren Prozess einsetzen. Vor allem möchte ich auch den Regierungsrat des Kantons Zürich dazu ermutigen, die Prozessbegleitung

sichtbar zu gestalten. Nur Wissen und Transparenz schaffen Vertrauen, Akzeptanz und Sicherheit. Und um mit diesem Lager zu leben, brauchen wir alle im Kanton vor allem Sicherheit. Danke für die Unterstützung und die Überweisung.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Es ist Wahlkampf. Zurück zur «Chnebelschissi»! So kommen mir die Sprecher von Rotgrün vor. Entschuldigung, wenn Sie Abfall produzieren, dann schauen Sie auch, dass dieser entsprechend entsorgt wird, aber nicht im Jahre X, wo man eine Lösung hat, und die NAGRA wird mit der Lösung kommen. Und für das müssen wir geradestehen und wir stehen hoffentlich dort gerade, wo es Sinn macht, dass man das vergräbt, und nicht irgendwo in Frankreich, wenn man dann schon von Sicherheit spricht. Aber liebe Grüne und lieber Herr Regierungsrat Neukom, der jetzt ja auch schon seit einiger Zeit wieder Wahlkampf macht. Letzte Woche hat er eine Fraktionserklärung der Linken unterstützt zum Klima. Die Bürgerlichen haben nichts gesagt, die schlafen wahrscheinlich noch. Also ich bin im Wahlkampf. Ich sage Ihnen, ich habe es gesehen. Und ich muss sagen: Jetzt will er dieses Postulat entgegennehmen, das kann es ja nicht sein. Hört mal auf mit Wahlkampf, Herr Neukom, und machen Sie das, was Sie unterstützen müssen, und zwar nicht wieder mit mehr Mitarbeitern. Lassen Sie die NAGRA arbeiten.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich muss nochmals Bezug darauf nehmen, dass uns von der rechten Ratsseite einfach komplett das Wort im Mund umgedreht wird. Ich sage es noch mal ganz klar und deutlich, was Thomas Furrer vorhin schon gesagt hat: Wir wollten diesen Abfall nicht, aber wir müssen Verantwortung dafür übernehmen. Das ist nun mal so, der Abfall ist da. Das Gesetz verpflichtet uns dazu und auch unsere Ethik verpflichtet uns dazu. Was wir aber wollen, ist, dass dieser Prozess eben sicher passiert, dass er eng begleitet wird und dass es durchaus auch Abbruchkriterien gibt. Es wurden jetzt Vorabklärungen getroffen. Wenn wir in rund zwei Wochen hören, wo das Lager hinkommen soll, dann ist das ein Vorentscheid. Es wurde auch darauf hingewiesen, es ist ein langer Prozess. Und wir müssen auch damit rechnen, dass dieser Standort dann vielleicht doch nicht geeignet ist. Und das heisst eben Verantwortung übernehmen, das heisst für Sicherheit einstehen. Wir schulden diese Sicherheit den Menschen, die jetzt dort leben, und auch zukünftigen 30'000 Generationen.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Es gibt einen Management-Grundsatz, dass Themen, die wichtig sind, grundsätzlich nie dringlich sein sollten. Also ein guter Manager sorgt dafür, dass strategisch wichtige Themen nie dringlich werden. Es wurde gesagt, dass der Vorstoss zwei Wochen zu früh kommt. Man kann auch sagen: Er kommt zu spät. Fakt ist, der Entscheid des Bundes ist bereits sehr lange angekündigt für dieses Jahr und für diesen September. Und Linksgrün entlarvt sich insofern selber, als sie jetzt zu diesem Zeitpunkt mit einer solchen Feuerwehrübung kommt. Wenn das Thema für Sie tatsächlich wichtig wäre, wäre ein solcher Vorschlag nicht jetzt gekommen oder nicht so kurzfristig, sondern bereits vor längerer Zeit. Und damit entlarven Sie sich, dass es – ich weiss es auch nicht

– möglicherweise darum geht, Ihrem Baudirektor einfach ein paar zusätzliche Budgetpositionen zu ermöglichen. Aber ich stelle hier doch die berechtigte Frage: Weshalb, wenn Ihnen das Thema dermassen am Herzen liegt, weshalb jetzt? Wir haben es gehört, es sind Wahlen. Sie haben sich damit selber entlarvt und teilweise auch in einzelnen Voten mit völliger Sachunkenntnis, wenn man von Finnland spricht und da Vergleiche hervorzieht. Von wegen 50 Jahren: Finnland liegt auf eine Granitplatte, das ist von der Geologie her eine völlig andere Ausgangslage, als wir sie haben. Dann stört mich auch, dass jetzt dann der Fokus auf die Standortgemeinden gerichtet wird. Es braucht in diesem Thema Analysen, es braucht Konzepte, es braucht Überlegungen. Diese sind grossräumig anzustellen, nicht nur im Kanton Zürich, sondern in der ganzen Region und in allen Regionen, welche auch auf der Transportroute liegen werden. Also insofern entlarven Sie sich. Sie führen kurzfristig Wahlkampf. Sie führen lokalen Wahlkampf im Kanton Zürich und es geht Ihnen nicht um die Sache. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Die linken und grünen Wissenschaftsgläubigen stellen auf einmal die Wissenschaft infrage. Ihr seid doch einfach nicht ehrlich. Forschung geht dahin, dass man etwas findet, was es noch nicht gibt. Ob ausländische Experten unabhängiger sind oder nicht, das ist wirklich sehr fraglich, also das ist an den Haaren herbeigezogen. Und ja, auch bei einem Tiefenlager, aber wie immer: Not in my backyard. Sollte es nämlich nicht im Kanton Zürich sein, dann würdet ihr schweigen. Christian Lucek hat klargemacht, dass viel radioaktiver Abfall auch von Spitälern, Zahnärzten und noch mehr herkommen. Das blendet ihr aus, es ist wirklich ein Bashing der Kernkraft. Früher hatten wir Abfalldeponien – und nicht wenige – und heute machen wir Wärme daraus. Gute Sache, nicht wahr? Dieses Postulat ist schlicht obsolet, denn ich hätte sogar noch einen weiteren Vorschlag, was man damit machen kann: Verbuddelt den Abfall nicht so weit. Er könnte nämlich noch gebraucht werden. Danke.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich äussere mich an dieser Stelle nun nicht zur Kernkraftfrage, denn für das Tiefenlager spielt sie im Moment keine grosse, entscheidende Rolle. Ob man jetzt die Kernkraft befürwortet oder nicht, dieser Abfall ist da und es muss eine Lösung gefunden werden. Nun, diesen Herbst, das wurde schon gesagt, wird es konkret. Die NAGRA wird den Standort ankündigen, an dem sie dieses Rahmenbewilligungsgesuch einreichen wird. Das ist schon nicht zu verwechseln mit der Standortwahl, denn diese Entscheidung kommt erst viel, viel später und wird letztendlich vom Bundesrat dann getroffen. Das heisst auch: Falls noch neue Aspekte auftauchen, von denen wir heute noch nichts wissen, dann wird eine Neubeurteilung erforderlich sein. Das ist jetzt nur mal da, wo die NAGRA beabsichtigt, ein Lager zu bauen.

Der Kanton Zürich begleitet den Sachplan schon, seit es den Sachplan gibt, seit 2008. Er begleitet diesen ganzen Prozess schon lange auch kritisch. Nun, die NAGRA ist die Institution, welche die Daten erhebt, welche die Bohrungen macht, welche all die Daten auswertet. Das ENSI ist nachher dazu da, das Rah-

menbewilligungsgesuch nach dessen Einreichung 2024 zu überprüfen. Im Gespräch stelle ich jetzt immer wieder fest, wenn ich mit Leuten in der Bevölkerung spreche, dass die Leute sagen: Ja, wir haben nur diese Daten von der NAGRA. Können wir dieser NAGRA vertrauen? Oder müssen wir einfach alles glauben, was die NAGRA sagt? Und es stimmt natürlich, die NAGRA produziert hunderte Berichte mit tausenden Seiten. Ein einzelner Bürger hat nicht die Möglichkeit, sich da einzulesen, als Laie kann man das nicht überprüfen. Aber genau hier kommen die Kantone ins Spiel, wenn sie eine unabhängige Beurteilung wollen. Denn die Kantone, die Standortkantone, bilden zusammen den Ausschuss der Kantone. Das sind die Kantone Thurgau, Schaffhausen, Aargau und Zürich. Ich präsidiere diesen Ausschuss der Kantone, das ist der ADK. Und der ADK hat zahlreiche weitere Gremien, die ihn, also die Kantone, unterstützen. Eines dieser Gremien wurde bereits erwähnt, wir nennen es «AG SiKa/KES» – man muss sich ein bisschen an diese Abkürzungen gewöhnen –, das ist die Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone und die kantonale Expertengruppe Sicherheit. Das sind Fachleute in den Bereichen Geologie, Seismik, Bohrtechnik, Risikoanalyse, und sie sind bereits international zusammengesetzt. Diese Fachleute sind unabhängig von der NAGRA oder vom ENSI und sie machen Beurteilungen für uns, damit wir uns als Kantone eine unabhängige Meinung bilden können. Ich hatte vor den Sommerferien einen längeren Austausch mit dieser Fachgruppe und sie hat mir ihre Sicht auf diesen Prozess dargelegt und ihre Sicht auf die Interpretation der Daten, die wir zurzeit, bis jetzt haben. Und ich habe sie auch gefragt, was ihre Einschätzung zur NAGRA ist und sie hat mir immerhin so viel gesagt: Sie schätzen es, es findet eine Diskussion statt. Die NAGRA hört zu, die Kantone können sich einbringen und werden gehört, das ist doch schon mal sehr gut. Wir haben auch einen kritischen Austausch mit der NAGRA, und ich glaube, das ist auch sehr, sehr gut. Es gibt teilweise einen Fachstreit und auch das ist gut. Denn es braucht diese kritische Auseinandersetzung, denn das ist letztendlich Wissenschaftlichkeit. Kritik, solange sie konstruktiv ist, kann helfen, das Projekt zu verbessern, und da sehen wir auch eine Rolle der Kantone. Nun, was auch immer die NAGRA uns vorlegen wird diesen Herbst, als Kantone werden wir das unabhängig prüfen lassen durch unsere eigenen Fachexperten und wir werden dieses Projekt weiterhin kritisch begleiten. Wir glauben, das ist unsere Aufgabe.

Das Postulat will nun, dass diese kantonale Expertengruppe Sicherheit noch etwas internationaler aufgestellt wird. Das prüfen wir gerne, ob es dazu Handlungsspielraum braucht. Nun, falls der Kanton Zürich als Standort gewählt wird – also einer der Standorte im Kanton Zürich, so muss ich es sagen –, dann werden wir selbstverständlich die Gemeinden unterstützen, so gut es geht. Den Aufwand für diese Unterstützung können wir jetzt noch nicht letztendlich abschätzen, der wird vermutlich ein bisschen steigen, denn je nachdem werden wir da natürlich mehr Leute brauchen. Aber ich muss Ihnen hier ganz klar sagen: Ich verstehe dieses Postulat im Konjunktiv, falls ein Standort im Kanton Zürich gewählt wird. Die Regierung hat keine spezielle Kenntnis, wo jetzt das Lager hinkommen wird, deshalb wollen wir es entgegennehmen – im Konjunktiv, falls das Lager kommt.

Wenn das Lager nicht im Kanton Zürich zu liegen kommt, ist es logisch und ganz selbstverständlich, dass wir dann auch die Gemeinden nicht unterstützen müssen. Deshalb ist auch klar, lieber Herr Gantner, warum wir das Postulat entgegennehmen. Wir sagen: Das Postulat fordert, die Gemeinden zu unterstützen, und eine fachlich unabhängige Beurteilung, da kann man ja fast gar nicht dagegen sein.

Nun, das Wichtigste in diesem Prozess – das wurde auch schon gesagt –, das Wichtigste ist die Sicherheit. Die Sicherheit dieses Lagers steht an oberster Stelle, dass zu keiner Zeit irgendwelche radioaktiven Stoffe an die Oberfläche gelangen. Dafür bringen sich die Kantone ein, sie begleiten diesen Prozess auch kritisch. Und zu den NAGRA-Experten, ich habe es auch schon gesagt, sagen mir meine Experten: Die NAGRA hört zu, sie geht auf unsere Anliegen ein. Das ist Wissenschaft.

Nun, der Regierungsrat befürwortet eine unabhängige fachliche Begleitung und hält dies für wichtig. Der Regierungsrat unterstützt selbstverständlich die Gemeinden, falls es soweit kommt, dass ein Standort im Kanton Zürich ausgewählt wird. Daher ist der Regierungsrat gerne bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 210/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.